S 22 RA 7/02

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Nordrhein-Westfalen
Sozialgericht	Sozialgericht Dortmund
Sachgebiet	Rentenversicherung
Abteilung	22
Kategorie	Urteil
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	-
Leitsätze	-
Normenkette	-

1. Instanz

Aktenzeichen	S 22 RA 7/02
Datum	21.06.2004

2. Instanz

Aktenzeichen	-
Datum	-

3. Instanz

Datum	-
-------	---

Die Klage wird abgewiesen. Die Beklagte hat dem Kläger 1/8 seiner erstattungsfähigen außergerichtlichen Kosten zu erstatten.

Tatbestand:

Die Beteiligten streiten über die Versicherungspflicht des Klägers in der gesetzlichen Rentenversicherung.

Der Kläger war in der Zeit vom 27.08.1999 bis 26.09.2003 als Handelsvertreter für die Firma BXH GmbH (BXH) tätig.

Der BXH befasst sich i. S. der [§ 84 ff](#) des Handelsgesetzbuches (HGB) mit der Vermittlung von Bauspar- sowie Versicherungs- und ähnlichen Verträgen und setzt insoweit seinerseits Handelsvertreter ein. Ausweislich seines Handelsvertretervertrages mit dem BXH vermittelte der Kläger auf der Grundlage der ihm vom BXH zur Verfügung gestellten Unterlagen Verträge über Produkte, die vom BXH oder dessen Partnergesellschaften vertrieben werden. Ein Provisionsanspruch stand ihm nur gegenüber dem BXH zu.

Mit Bescheid vom 14.05.2001 stellte die Beklagte die Versicherungspflicht des KlÄxgers nach [Ä§ 2 Nr. 9 SGB VI](#) ab Aufnahme der TÄxtigkeit fÄ¼r den BXH fest und forderte den KlÄxger auf, die auf der Grundlage des Regelbeitrags berechneten BeitrÄxe fÄ¼r die Zeit von August 1999 bis Mai 2001 in HÄ¶he von insgesamt XXX DM zu Ä¼berweisen.

Den hiergegen am 08.06.2001 eingelegten Widerspruch des KlÄxgers wies die Widerspruchsstelle der Beklagten mit Widerspruchsbescheid vom 19.12.2001 zurÄ¼ck.

Nachdem die Beklagte mit Bescheiden vom 27.11.2001 und 04.01.2002 die rÄ¼ckstÄndigen BeitrÄxe nebst SÄumniszuschlÄgen festgestellt hatte, hat der KlÄxger am Montag, dem 21.01.2002, die vorliegende Klage erhoben. Zur BegrÄndung trÄgt er vor: Seitens der Beklagten sei ihm in mehreren Telefonaten mitgeteilt worden, dass Handelsvertreter fÄ¼r den BXH grundsÄtzlich von der Versicherungspflicht freigestellt seien, da es sich nicht um ScheinselbstÄndige handele. Seine TÄxtigkeit sei auch nicht nur auf einen Auftraggeber beschrÄnkt gewesen. Denn die im BXH zusammengeschlossenen Handelsvertreter seien fÄ¼r diverse Versicherungsgesellschaften tÄxtig und erhielten von ihnen Provision; diese Gesellschaften seien die Auftraggeber. Seine TÄxtigkeit sei zweigliedrig gewesen: In der ersten Phase habe er die Erstellung einer privaten Wirtschaftsbilanz zwischen dem Kunden und dem BXH vermittelt; dafÄ¼r habe der Kunde dem BXH eine SchutzgebÄ¼hr von XXX,- DM gezahlt. In der zweiten Phase habe er, der KlÄxger, auf der Grundlage der erstellten Wirtschaftsbilanz im Auftrag des jeweiligen Kunden Angebote verschiedener Versicherungsgesellschaften eingeholt und dann den Vertragsabschluss zwischen dem Kunden und einer der Versicherungsgesellschaften vermittelt. DafÄ¼r habe er dann von dieser Versicherung seine Provision erhalten. Die Abrechnung der Provisionen sei Ä¼ber den BXH erfolgt, der insoweit eine Dienstleistung fÄ¼r den KlÄxger erbracht habe. FÄ¼r seine TÄxtigkeit als Handelsvertreter habe er wÄ¶hentlich ungefÄxhr 50 Stunden aufgewandt. Er habe daraus jedoch kaum Gewinne erwirtschaftet. Nebenher sei er seit 1984 freiberuflich als Ä¶bersetzer und Dolmetscher fÄ¼r unterschiedliche Auftraggeber tÄxtig geworden.

Der KlÄxger beantragt,

den Bescheid vom 14.05.2001 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 19.12.2001 hinsichtlich der Feststellung der Versicherungspflicht aufzuheben.

Die Beklagte beantragt,

die Klage abzuweisen.

Sie ist der Ansicht, dass VermÄ¶gensberater und Versicherungsvertreter, die einen Vertretervertrag mit einem Finanzdienstleister abgeschlossen haben, immer dann im Sinne des [Ä§ 2 Nr. 9 SGB VI](#) als SelbstÄndige mit nur einem Auftraggeber anzusehen seien, wenn sie keine weiteren VertretervertrÄxe z. B. mit den einzelnen Versicherungsunternehmen oder Banken geschlossen hÄxtten.

Während des gerichtlichen Verfahrens hat der Kläger Einkommenssteuerbescheide für die Jahre 1999 bis 2003 vorgelegt. Die Beklagte hat daraufhin ihre Bescheide vom 27.11.2001 und 04.01.2002 aufgehoben und dem Kläger für den Fall seiner Versicherungspflicht eine einkommensgerechte Berechnung zugesagt.

Außerdem hat sie im Hinblick auf die ab 01.04.2003 geltende Fassung des [Â§ 8 SGB IV](#) den angefochtenen Bescheid für die Zeit nach dem 31.03.2003 aufgehoben.

Wegen der weiteren Einzelheiten des Sach- und Streitstandes wird auf die Gerichtsakte sowie die beigezogenen Verwaltungsvorgänge der Beklagten und Vertragsunterlagen des Klägers Bezug genommen; diese Akten sind Gegenstand der mündlichen Verhandlung gewesen.

Entscheidungsgründe:

Die Klage ist als Anfechtungsklage nach [Â§ 54 Abs. 1 Satz 1](#) des Sozialgerichtsgesetzes (SGG) zulässig. Sie ist aber nicht begründet: Der Kläger ist nicht im Sinne des [Â§ 54 Abs. 2 SGG](#) beschwert; denn die angefochtene Feststellung der Versicherungspflicht ist rechtmäßig.

Die Versicherungspflicht des Klägers ergibt sich aus [Â§ 2 Satz 1 Nr. 9](#) des Sechsten Sozialgesetzbuches Gesetzliche Rentenversicherung (SGB VI). Maßgeblich für den noch in Streit stehenden Zeitraum vom 27.08.1999 bis 31.03.2003 sind die Fassungen dieser Vorschrift durch Gesetz vom 20.12.1999 (gültig ab 01.01.1999 bis 31.12.2001), vom 19.02.2002 (gültig ab 01.01.2002 bis 31.12.2002) sowie vom 24.07.2003 (gültig ab 01.01.2003 bis 31.12.2003). Danach sind selbständig tätige Personen versicherungspflichtig, wenn sie a) im Zusammenhang mit ihrer selbständigen Tätigkeit regelmäßig keinen versicherungspflichtigen Arbeitnehmer beschäftigen, dessen Arbeitsentgelt aus diesem Beschäftigungsverhältnis regelmäßig 630,- DM (bzw. 325,- EUR bzw. 400,- EUR) im Monat übersteigt, und b) auf Dauer und im Wesentlichen nur für einen Auftraggeber tätig sind.

Der Kläger betrieb die Vermittlung von Versicherungs-, Bauspar- und ähnlichen Verträgen, die ihm gemäß Nr. 2 seines Vertrages mit dem BXH oblag, als Handelsvertreter im Sinne des [Â§ 84](#) des Handelsgesetzbuches (HGB) und damit als Selbständiger. Dies ist durch den Statusfeststellungsbescheid vom 23.05.2002 auch bestandskräftig festgestellt worden.

In dieser selbständigen Tätigkeit war der Kläger, der selbst keine Arbeitnehmer beschäftigte, versicherungspflichtig, weil er im Wesentlichen und auf Dauer nur für einen Auftraggeber, nämlich den BXH, tätig war.

Entgegen der Ansicht des Klägers können weder die (im Handelsvertretervertrag mit dem BXH so bezeichneten) "Partnergemeinschaften" des BXH, nämlich die Versicherungsgesellschaften, deren Finanzprodukte der Kläger vermittelte, noch

die Privatkunden ("Mandanten"), mit denen die Versicherungsverträge geschlossen wurden, im Sinne des [§ 2 Satz 1 Nr. 9 SGB VI](#) als Auftraggeber des Klägers angesehen werden. Denn insoweit bestanden keine vertraglichen Beziehungen zu dem Kläger, und zwar insbesondere keine solchen, aus denen er ihnen gegenüber einen Vergütungsanspruch hätte herleiten können.

Die Sichtweise des Klägers, dass der BXH lediglich eine Servicezentrale gewesen sei, über die er seine Ansprüche gegen die Partnergesellschaften habe abrechnen können, trifft nicht zu. Unter Nr. 4 des Handelsvertretervertrages mit dem BXH heißt es ausdrücklich, dass dem Kläger aus seiner Vermittlungstätigkeit "Vergütungsansprüche nur gegenüber dem BXH, nicht aber unmittelbar gegenüber den Partnergesellschaften des BXH", zustehen. Dementsprechend bestimmte sich die "Provision oder Superprovision (des Klägers) entsprechend seiner Stufe im Vergütungs- und Karriereplan" des BXH (vgl. Nr. 5.1 des Handelsvertretervertrages) und entstand der Provisionsanspruch des Klägers erst, sobald der Mandant die Prämie gezahlt hatte und "der BXH seinerseits die ihm zustehende Provision von der Partnergesellschaft voll erhalten" hatte (vgl. Nr. 5.2 des Handelsvertretervertrags). Auch der Kläger selbst hat inzwischen eingeräumt, dass zwischen ihm und den Partnergesellschaften des BXH kein Vertragsverhältnis bestanden habe. Vertragliche Beziehungen unterhalten die Partnergesellschaften vielmehr nur mit dem BXH, der als ihr Handelsvertreter fungiert (vgl. Nr. 1.1 des Handelsvertretervertrags) und dabei seinerseits eigene Handelsvertreter wie den Kläger beauftragt.

Der Kläger war auch nicht Vertragspartner des jeweiligen Mandanten. Denn dieser schloss den über den Kläger als Vertreter des BXH vermittelten Versicherungsvertrag mit dem Versicherungsunternehmen. Die im Vorfeld erstellte "private Wirtschaftsbilanz" vermittelte der Kläger ausweislich seiner vorgelegten Unterlagen zu konkreten Fallbeispielen als Service des BXH; die dafür anfallende Schutzgebühr von seinerzeit XXX,- DM zahlte der Mandant dementsprechend nicht dem Handelsvertreter, sondern dem BXH. Die im Zusammenhang mit der Erstellung und Auswertung der privaten Wirtschaftsbilanz erforderliche sachgemäße Aufklärung und Beratung der Mandanten schuldete der Kläger nicht etwa aufgrund eines zwischen ihm und dem jeweiligen Mandanten geschlossenen Vertrages. Die entsprechende Verpflichtung ergab sich vielmehr allein aus seinem Handelsvertretervertrag mit dem BXH (vgl. Nr. 7.1 dieses Vertrages).

Dass er im Rahmen seiner Tätigkeit als Handelsvertreter im Wesentlichen nur für den BXH tätig war, scheint der Kläger im übrigen ausweislich seiner Eintragungen im Formular "Antrag auf Feststellung des sozialversicherungsrechtlichen Status" vom 10.10.2000/10.12.2001 zumindest zunächst auch selbst angenommen zu haben.

Soweit er sich darauf beruft, dass er durch telefonische Auskünfte der Beklagten in seiner nunmehr vertretenen Rechtsauffassung bestärkt worden sei, lässt sich hieraus schon deshalb nichts herleiten, weil der Kläger solche Auskünfte nicht nachweisen kann. Im übrigen ist nach seinem Vortrag aber auch ein

Missverständnis des Klägers hinsichtlich des Begriffs der Scheinselbständigkeit in Betracht zu ziehen: Tatsächlich sind Handelsvertreter ja keine Scheinselbständigen, so dass abgesehen von dem Sonderfall einer Versicherungspflicht nach [Â§ 2 Satz 1 Nr. 9 SGB VI](#) fÃ¼r "arbeitnehmerÃ¤hnliche SelbstÃ¤ndige" abgesehen grundsÃ¤tzlich keine Versicherungspflicht besteht.

Eine Versicherungspflicht des KlÃ¤gers lÃ¤sst sich auch nicht mit Blick auf seine wÃ¤hrend des in Rede stehenden Zeitraums auÃerdem ausgeÃ¼bte TÃ¤tigkeit als freiberuflicher Ãbersetzer und Dolmetscher verneinen.

Von Seiten der VersicherungstrÃ¤ger wird die Auffassung vertreten, dass parallel ausgeÃ¼bte TÃ¤tigkeiten bei der PrÃ¼fung, ob jemand im Wesentlichen nur einen Auftraggeber hat, nicht als Einheit zu betrachten sind, sondern getrennt bewertet werden mÃ¼ssen abgesehen vgl. die von der Beklagten herausgegebene BroschÃ¼re "ArbeitnehmerÃ¤hnliche SelbstÃ¤ndige", BfA abgesehen Aktuell Sonderinformation Fragen und Antworten zur Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung, S. 6 -.

Eine solche Auslegung scheint nach der Zielsetzung des [Â§ 2 Satz 1 Nr. 9 SGB VI](#) aber zumindest nicht zwingend. Der Gesetzgeber wollte mit dieser Vorschrift auf die zunehmende Flucht aus dem sozialversicherungspflichtigen BeschÃ¤ftigungsverhÃ¤ltnis reagieren und insbesondere die FÃ¤lle abfangen, in denen bisher als Arbeitnehmer BeschÃ¤ftigte in die SelbstÃ¤ndigkeit eines im Wesentlichen fÃ¼r einen Auftraggeber TÃ¤tigen Ã¼berwechseln. Wer aber verschiedene selbstÃ¤ndige TÃ¤tigkeiten ausÃ¼bt und in der Zusammenschau dieser TÃ¤tigkeiten im Wesentlichen nicht nur einen, sondern mehrere Auftraggeber hat, befindet sich nicht in einer vergleichbaren wirtschaftlichen AbhÃ¤ngigkeit abgesehen vgl. Bieback, Die Sozialgerichtsbarkeit 2000, S. 189 (194); Buchner, Der Betrieb 1999, S. 1502 (1503f.); Hanau/Eltzschig, Neue Zeitschrift fÃ¼r Sozialrecht, 2002, S. 281 (285) -.

Dies mag jedoch vorliegend dahinstehen. Denn auch wenn man seine TÃ¤tigkeit als Ãbersetzer und Dolmetscher einbezieht, Ã¤ndert sich nichts daran, dass der KlÃ¤ger im Wesentlichen nur fÃ¼r den BXH tÃ¤tig war.

Bei dem Tatbestandsmerkmal der Wesentlichkeit handelt es sich um einen unbestimmten Rechtsbegriff, mit dem sichergestellt werden soll, dass eine in nur vÃ¶llig unbedeutendem Umfang fÃ¼r einen oder mehrere andere Auftraggeber ausgeÃ¼bte TÃ¤tigkeit die Versicherungspflicht nicht ausschlieÃt abgesehen vgl. Seewald in Kasseler Kommentar, Stand: MÃ¤rz 2004, [Â§ 7 SGB IV](#) Rdnr. 212 -.

MaÃgebliche Beurteilungskriterien sind insbesondere die erzielten EinkÃ¼nfte, aber auch z. B. die TÃ¤tigkeitszeit abgesehen vgl. Hohmeister, Neue Zeitschrift fÃ¼r Sozialrecht 1999, S. 213 (214)-.

Stellt man bei der PrÃ¼fung der EinkÃ¼nfte nicht auf die UmsÃ¤tze bzw. BruttoeinkÃ¼nfte, sondern auf die nach Abzug aller Kosten abgesehen aber vor Steuern abgesehen verbleibenden NettoeinkÃ¼nfte ab, abgesehen so Brand, Der Betrieb, 1999, S. 1162

(1166) -, ergibt sich vorliegend zwar, dass der KlÄxger in den Jahren 1999, 2002 und 2003 nur als Dolmetscher und Ä¼bersetzer positive EinkÄ¼nfte bezogen, aus seiner VertretertÄ¼tigkeit aber keinerlei Gewinn erzielt hat und dass der von ihm als Handelsvertreter in dem Jahr 2000 erzielte Gewinn weniger als 5/6 seiner gesamten JahreseinkÄ¼nfte ausmachte. Bei der gebotenen wertenden Betrachtungsweise verbietet es sich angesichts der besonderen UmstÄ¼nde des vorliegenden Falles aber, allein auf einen Vergleich der NettoeinkÄ¼nfte abzustellen.

Daneben muss nÄ¼mlich auch ins Gewicht fallen, dass die UmsÄ¼tze aus der VertretertÄ¼tigkeit stets (und in den meisten Jahren sogar erheblich) mehr als 5/6 der JahresbruttoeinkÄ¼nfte ausmachten â¼ zu diesem Abgrenzungskriterium, das so auch von den SpitzenverbÄ¼nden der Sozialversicherung angewandt wird, vgl. Hanau/Eltzschig, a. a. O.- und dass der KlÄxger als Vertreter im Durchschnitt 50 Stunden je Woche arbeitete und damit hierfÄ¼r wesentlich mehr Zeit aufwandte als fÄ¼r seine TÄ¼tigkeit als Dolmetscher und Ä¼bersetzer. Entscheidend kommt hinzu, dass er mit dieser TÄ¼tigkeit als Dolmetscher und Ä¼bersetzer in dem fraglichen Zeitraum niemals die Grenzen einer geringfÄ¼gigen selbstÄ¼ndigen TÄ¼tigkeit im Sinne des Â§ 8 des Vierten Sozialgesetzbuches â¼ Gemeinsame Vorschriften fÄ¼r die Sozialversicherung â¼ (SGB IV) Ä¼berschritten hat. Wer aber- wie der KlÄxger â¼ fÄ¼r einen Auftraggeber (hier: den BXH) mehr als nur geringfÄ¼gig, fÄ¼r seine anderen Auftraggeber insgesamt aber nur in einem geringfÄ¼gigen Umfang arbeitet, ist im Sinne des [Â§ 2 Satz 1 Nr. 9 SGB VI](#) im Wesentlichen nur fÄ¼r diesen einen Auftraggeber tÄ¼tig.

Die Kostenentscheidung beruht auf [Â§ 193 SGG](#) und berÄ¼cksichtigt, dass die Beklagte (erst in der mÄ¼ndlichen Verhandlung) ihren Bescheid mit RÄ¼cksicht auf die Ä¼nderung des [Â§ 8 SGB IV](#) fÄ¼r die Zeit nach dem 31.03.2003 aufgehoben hat.

Erstellt am: 24.05.2005

Zuletzt verÄ¼ndert am: 23.12.2024